

Spielberger Nachrichten

Nummer 55, Oktober 2021
Zugestellt von Post.at



Gemeindezeitung der KPÖ

Airpower - ein Hohn für den Klimaschutz!

Die Bundesregierung plant CO₂ ab 2022 zu besteuern und klimaschädliches Verhalten teurer zu machen. Gleichzeitig plant das Verteidigungsministerium mit der Airpower eine lärmintensive Veranstaltung mit einem völlig sorglosen Umgang mit Umwelt und Ressourcen. In Anbetracht des Klimawandels und seiner immer deutlicher werdenden Folgen ist das für immer mehr Menschen unverständlich und hat eine verheerende Signalwirkung.



Wissenschaftlich wird der durch den CO₂-Ausstoß der letzten Jahrzehnte verursachte Klimawandel kaum mehr bestritten. Die Naturkatastrophen der letzten Monate (Hitzerekorde in Kanada, Überschwemmungen in Deutschland, Waldbrände in Russland...) lassen erahnen wie die Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit aussehen wird.



Die bekannte Klimaforscherin Helga Kromp erklärte, dass es mittler-

weile um jedes kg an eingesparten Treibhausgasen gehe. Deshalb ist die Durchführung einer Veranstaltung wie der Airpower verantwortungslos.

Gleich nachdem bekannt wurde dass es eine Airpower geben könnte haben wir im Juni im Gemeinderat einen Antrag gegen die Airpower gestellt. Er wurde mit der Begründung abgelehnt, dass noch nichts fix sei. Bald darauf wurden die Airpowerpläne offiziell bekanntgegeben und deshalb haben wir im August diesen Antrag eingebracht.

Der Antrag der KPÖ

- ➔ 1. Der Gemeinderat der Stadt Spielberg fordert das Verteidigungsministerium auf, aus finanz-, umwelt-, energie- und friedenspolitischen Überlegungen keine Airpower mehr abzuhalten.
- ➔ 2. Der Gemeinderat fordert die steirische Landesregierung auf, keine Steuergelder für diese klimaschädliche Veranstaltung auszugeben.
- ➔ 3. Der Gemeinderat beauftragt den Umweltausschuss, in einer zeitnahen Sitzung, einen Vorschlag zu einer gemeinsamen Vorgangsweise der Aichfeld-Gemeinden gegen die Airpower auszuarbeiten und den Gemeinden der Region vorzuschlagen.

Für die Punkte 1 und 2 gab es keine Mehrheit, aber der Punkt 3 wurde von SPÖ, ÖVP und KPÖ beschlossen. Damit hat der Gemeinderat den Umweltausschuss beauftragt eine gemeinsame Vorgangsweise der Aichfeld-Gemeinden gegen die Airpower auszuarbeiten. Das ist sehr positiv und bemerkenswert, denn zum ersten Mal hat eine Murtagemeinde gegen die Airpower Stellung bezogen. Auch Bürgermeister Manfred Lengger fand deutliche Worte gegen die Airpower

.....

Klimafreundliche Airpower?

Klimaschutz ist in aller Munde. Vielen ist völlig klar, dass die Airpower aus Umweltschutzgründen abgesagt werden sollte. Das empfinden viele Menschen so und deshalb ist man nun bemüht der Flugshow ein grünes Mäntelchen umzuhängen.

Man möchte die Airpower als „klimafreundliche Großveranstaltung“ abhalten. Das ist eine Augenauswischerei. Das Grundkonzept der Airpower – massiver Treibstoffverbrauch von Kampf- und Zivilflugzeugen in der Luft und Besuchermassen bei der Anreise – ist mit Klimaschutz nicht vereinbar.

Die grüne „Behübschung“ ist nur Tarnkappe für wirtschaftliche Interessen. Es stimmt, bei einer Absage der Airpower würde nur ein kleiner Teil der österreichischen CO₂-Emissionen eingespart, aber die Signalwirkung wäre gewaltig. Das wäre ein Paukenschlag für den Klimaschutz. Deshalb sollte viele Menschen aktiv für eine Absage eintreten.



Für eine ökologisch sinnvolle und wirtschaftlich nachhaltige Alternativveranstaltung zur Airpower



Die KPÖ hat einen Vorschlag zu einer Alternativveranstaltung erarbeitet und an die GemeinderätInnen ausgesendet. Es geht auch darum Alternativen aufzuzeigen, wie eine nachhaltige Tourismusveranstaltung aussehen kann.

Es müssen keine waghalsigen Flugmanöver, verbunden mit Lärm und Abgasen, dargeboten werden, die auch noch Menschen gefährden. Es war nur Glück, dass es bei den letzten Unfällen bei den Airpowerveranstaltungen keine Toten gegeben hat.

So könnte eine Alternativveranstaltung zur Airpower konzipiert werden:

Leistungsschau

Abhaltung einer Leistungsschau von Einsätzen des Bundesheeres, Feuerwehren und andere Rettungs- und Hilfsorganisationen bei klimabedingten Katastrophen.

Vorträge

Einbeziehung von KlimaexpertInnen, die diese Ereignisse analysieren und erklären. In Referaten und Vorträgen sollten Zusammenhänge erklärt und Maßnahmen aufgezeigt werden wie lokal solche Katastrophen zu minimieren sind.

Einbeziehen der Schulen

Über das Unterrichtsministerium sollte eine Aufforderung an die Schulen ergehen die Veranstaltung als Lehrveranstaltung zu besuchen.

Einbindung der Gastronomie

Die Gastronomie könnte Speisen und Getränke anbieten, die den ökologischen Fußabdruck dieser Dinge ausweist. Damit soll eine Sensibilisierung für den Konsum nachhaltiger Speisen und Getränke angestoßen werden.

Mehrwöchig

Die Dauer dieser Veranstaltung sollte sich auf zumindest 3-4 Wochen erstrecken um einerseits vielen Schulen und Bildungseinrichtungen bzw. Interessierten den Besuch zu ermöglichen und andererseits eine längere Auslastung der Tourismusbetriebe bringen.

Mehrere Orte

Die Veranstaltung sollte auf mehrere Gemeinden des Murtals verteilt werden mit verschiedenen Schwerpunkten wie z.B. Waldbrand, Überschwemmungen, Dürren, Zukunft klimaneutraler Lebensstil ...

Gratisanreise

Die Anreise sollte möglichst mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen. Vorstellbar wäre, dass die Träger von öffentlichen Verkehrsmitteln zu Werbezwecken eine Gratisanreise zu dieser Veranstaltung ermöglichen.

Mehrere Veranstalter

Als Veranstalter sollte das Verteidigungsministerium gemeinsam mit den Bundesministerien für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und dem Land Steiermark in Zusammenarbeit mit den Gemeinden fungieren.

Mehrere Organisationen

Aktiv einbezogen werden in diese Veranstaltung sollten

Rettungs- und Hilfsorganisationen, NGO's wie z.B. Global 2000, Greenpeace, Friday for Future sowie Fachhochschulen, Universitäten und andere Ausbildungsstätten.



Die Ziele der Veranstaltung

- Wissen in Sachen Klimaschutz vermitteln und das Klimabewusstsein stärken.
- Die Auswirkungen von Verhaltensweisen und Ernährung veranschaulichen.
- Solidarische Gedanken fördern, auch mit Ländern, die von den Auswirkungen besonders betroffen sind.
- Soziale Folgen veranschaulichen.
- Anregungen zu einer nachhaltigeren Lebensweise vermitteln.

Die Veranstaltung sollte alle zwei Jahre stattfinden und weiterentwickelt werden und das Murtal als eine Vorreiterregion in Sachen Klimaschutz positionieren. Damit würde ein Bildungsauftrag erfüllt und ein fixer touristischer Bestandteil geschaffen.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Casa Buggati Leerstand in Zeltweg



Um die Errichtung der Playwords, des Autohauses und der Casa Bugatti zu ermöglichen wurden Grundstücke vom Gemeinderat umgewidmet. Die KPÖ hat sich von Beginn an gegen diese Umwidmungen und die Verbauung von Grünland ausgesprochen.

Bei der Casa Bugatti haben wir auch darüberhinaus darauf hingewiesen, dass es in Zeltweg bereits ein solches Geschäft gibt, dessen Existenz durch den Neubau in Frage gestellt wird. Genauso ist es gekommen.

Die Geschäftsflächen in Zeltweg stehen nun leer. Zuerst wurden in Zeltweg Freiflächen versiegelt um das dortige Einkaufszentrum zu errichten. In Spielberg ist man später den selben Weg gegangen. Die Betriebsansiedelung in einer Gemeinde führt zu Absiedelung in einer anderen Gemeinde - nur die Versiegelung des Bodens bleibt bestehen. Es ist endlich an der Zeit mit diesem Bbauungswahnsinn aufzuhören.

Poststraße: Geschwindigkeitsbegrenzung

Wir sind gebeten worden darauf aufmerksam zu machen, dass es in der Poststraße häufig zu schnell gefahren wird. Das haben wir gerne getan und angeregt, dass Maßnahmen zur Geschwindigkeitsbegrenzung getroffen werden. Auch eine digitale Geschwindigkeitsanzeige könnte Verbesserungen bringen.

Der Bürgermeister antwortete, es gäbe bereits eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Die Gemeinde werde sich das Ganze ansehen und wenn nötig Maßnahmen setzen.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. Für den Inhalt verantwortlich: Erich Wilding, Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.

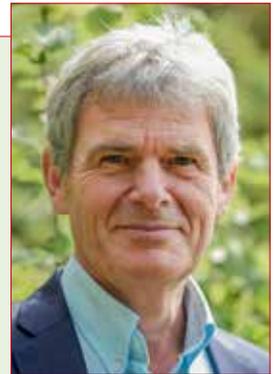


Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnis des Österreichischen Umweltschutzverbandes, 8720 Knittelfeld“

*Liebe Spielbergerinnen
und Spielberger!*

Gedanken zur Regierungskrise

Die im Zuge Untersuchungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft veröffentlichten Chats haben ein politisches Beben verursacht. Die Gesprächsprotokolle zeigen abseits der strafrechtlichen Dimension ein erschütterndes Bild. Persönliche Machtambitionen, Intrigen und ein Politikverständnis, bei dem die Anliegen und Bedürfnissen der Menschen keine Rolle spielen.



Eine menschenverachtende Sprache in der Parteikollegen als „alten Deppen“ und Menschen als „Tiere“ und „Pöbel“ bezeichnet werden. Und keiner der Involvierten mahnt einen anderen Umgangston ein.

Besonders empörend sind die Chats rund um die Abschaffung der kalten Progression und das Recht auf eine flächendeckende Nachmittagsbetreuung. Hier wurden finanzielle Besserstellungen für die Bevölkerung und die für die Chancengleichheit der Kinder so wichtige Nachmittagsbetreuung torpediert um den eigenen Aufstieg voranzutreiben.

Es geht nicht um politische Visionen, sondern einzig um die eigene Macht. An den Chats lässt sich auch ablesen wie eng Wirtschaft, Medien und Politik verflochten sind. Die große Masse der Bevölkerung ist bloß Manövriermasse, die durch Medien, noch dazu auf Kosten der SteuerzahlerInnen, bewusst manipuliert wird.

Man gibt vor für das Wohl Österreichs zu arbeiten. Manchmal gibt es kleine Verbesserungen für die Bevölkerung, aber im Hintergrund wird im Interesse der Wirtschaft agiert. Und nebenbei ohne Skrupel hochbezahlte Posten unter Freunden und Bekannten aufgeteilt.

Kommen diese Machenschaften an die Öffentlichkeit wird die Justiz angepatzt und nicht das geringste Unrechtsbewusstsein gezeigt. Das hat auch der neue ÖVP-Kanzler Schallenberg anschaulich demonstriert, als er die Untersuchungsakten bei seinem ersten Auftritt im Parlament auf den Boden warf. Dass die Grünen dieses System durch ihre Regierungsbeteiligung stützen rundet das Bild ab

Die Verteidigungslinie der ÖVP ist es, zu behaupten dass solche Machenschaften in der Politik gang und gäbe wären. Ich mein, das Agieren in einer solchen Dreistigkeit ist eine neue Dimension. Dass Politik so verkommen kann hat auch damit zu tun, dass sich immer mehr Menschen von der Politik abwenden. Damit sich solche Zustände nicht verfestigen sind wir alle gefragt. Die BürgerInnen müssen diesem System auf allen Ebenen entgegenwirken. Zum Beispiel durch Bürgerinitiativen, Demonstrationen, Wahlen, Leserbriefe und vielem mehr.

Die Menschen haben eine Sehnsucht nach politischer Anständigkeit. Das zeigt der sensationelle Wahlerfolg der KPÖ in Graz. Das gibt Hoffnung, meint ihr...

**...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com**

Kinderkrippe: Jährliche Erhöhung und teurer als in Leoben

Die neue Kinderkrippe ist ein wichtiger Schritt zum Ausbau der Kinderbetreuung. Im Gemeinderat wurde ein Zuschuss der Gemeinde zu den Krippengebühren beschlossen. Ein guter Grundgedanke, allerdings hat das vorgelegte Modell gravierende „Schönheitsfehler“.



Das jetzige Tarifmodell wurde nur mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. In der SPÖ-Gemeindezeitung wurde das Stimmverhalten so dargestellt, als ob nur die SPÖ die Eltern entlasten will. Über die Gründe warum die KPÖ das vorgeschlagene Modell abgelehnt hat wurde allerdings nicht informiert.

Tarif um rund 84 Euro höher als in Leoben

Die Gemeinde Leoben hat auf Initiative der KPÖ Zuschüsse für ihre Kinderkrippe beschlossen, die deutlich besser sind als jene in Spielberg. So bezahlen Eltern mit einem monatlichen Familieneinkommen von 2.001 bis 2.300,99 Euro in Spielberg 190 Euro für den Krippenplatz. In Leoben bezahlt man mit einem

Einkommen von 2.045,62 bis 2.286,29 Euro aber nur 106,22 Euro - also um fast 84 Euro weniger!

Gegen jährliche Preissteigerung

Ein wesentlicher Grund warum die KPÖ dem Tarifmodell nicht zugestimmt war, dass die Tarife einer Indexierung unterliegen, also jährlich nach dem Verbraucherpreisindex erhöht werden. Das Leben wird immer teurer. Viele Menschen kommen mit ihrem Einkommen kaum über die Runden, die Coronakrise hat die Situation noch verschärft. Viele Zuschüsse und Sozialleistungen von Gemeinde, Land oder Bund werden nicht automatisch jedes Jahr erhöht - die Gebühren hingegen schon. Eine automatische Gebührenerhöhung ist für uns unsozial.

Ein Abänderungsantrag der ÖVP, wonach die Gebühren nach einem Jahr neu betrachtet und die Indexierung im ersten Jahr ausgesetzt werden soll, wurde von der SPÖ abgelehnt. Deshalb wurden die nun geltenden Tarife nur mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. Es kann also keine Rede davon sein, dass wie in der SPÖ-Zeitung behauptet, „nur die SPÖ Eltern entlasten will“.

Nachtrag: Die KPÖ ist der Ansicht, dass Kindergärten und Kinderkrippen Bildungseinrichtungen sind. Nicht umsonst heißen die dort Beschäftigten „KindergartenpädagogInnen“. Deshalb sollten Kindergärten und -krippen, wie auch die Schulen, gratis sein.

Pension mit 71? Das ist eine Empfehlung der EU

Im „Grünbuch über das Altern“ regt die EU eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters an. Demnach sollen wir bis 2040 erst mit 71 Jahren abschlagsfrei in Pension gehen dürfen!

Applaus kommt von der Jungen Industrie. Die Kapital-Lobby findet den Vorstoß der EU als „sehr zu begrüßen“. Die KPÖ sieht das ganz anders.

Die Produktivität ist in den letzten Jahrzehnten so enorm gestiegen, dass wir alle nicht länger, sondern wesentlich kürzer arbeiten könnten - wenn die durch die steigende Produktivität erzielten Profite nicht den Konzernen, sondern den Menschen zu Gute kommen würden.

Ein wesentlicher Faktor für gesicherte Pensionen sind hohe Löhne und Gehälter. Ein hoher gesetzlicher Mindestlohn ist eine gute Garantie für ein sicheres Pensionssystem. Außerdem hätten wir noch eine Idee:

Die reichste Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzt fast 40 Prozent des Gesamtvermögens. Eine faire Besteuerung großer Vermögen und das Schließen von Steuerschlupflöchern würde Milliardenbeträge fürs Budget bringen.

Die Arbeitswelt wird immer hektischer. Ein höheres Pensionsalter fordern bedeutet in Kauf zu neh-

men, dass immer weniger Menschen halbwegs gesund in Pension gehen können. Die Empfehlung der EU zeigt wieder einmal, dass hier nur die Interessen der Konzerne und nicht die Menschen vertreten werden.

Zum Nachdenken

In regelmäßigen Abständen werden Medien-Kampagnen gestartet, z.B. dass wir uns das Pensionssystem nicht mehr leisten könnten und länger arbeiten müssten. Der Skandal um die Chat-Protokolle gibt tiefe Einblicke wie manche Zeitungsmeldungen zustande kommen und zeigt, wie bestimmte Interessen bedient werden. Daran sollte man in Zukunft denken, wenn wieder Verschlechterungen das Wort geredet wird.

Steiermärkische
SPARKASSE

In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Red Bull Werbebotschaft: „Laut“ Wo bleiben die Bedürfnisse der AnrainerInnen?

Lärm ist in unserer Region ein enormes Problem, das Gesundheit und Lebensqualität beeinträchtigt. Oft wenden sich GemeindegängerInnen an uns und wir machen die Lärmbelastung immer wieder zum Thema. So auch in der Gemeinderatssitzung nach der Motor GP.

Es wurde an uns herangetragen, dass die Lärmbelastung während des Motor-GP -Wochenendes wieder enorm war. Dabei war der Lärm nach der Veranstaltung, bis weit in die Nacht hinein, besonders störend. Es wurden mehrere Anzeigen getätigt, die aber - trotz Videobeweis - ins Leere gingen. Die Betroffenen fühlen sich im Stich gelassen!

Wir haben diese Beschwerden im Gemeinderat vorgebracht und angeregt, dass in einer Nachbesprechung mit Red Bull, der BH und der Polizei Maßnahmen definiert werden sollten, damit es nicht wieder zu einer solchen Lärmbelästigung kommt.

Der Bürgermeister erklärte, die Gemeinde hätte keinen Einfluss auf die Situation bei den Campingplätzen und die Einsatzbereitschaft der zuständigen Einsatzorgane. Bei einer allfälligen Nachbesprechung werde man die Probleme vorbringen.



LAUT.NAH.DRAN - Rücksicht auf die AnrainerInnen ist offensichtlich kein Thema

Das Projekt Spielberg hat die DTM mit dem Slogan „LAUT.NAH.DRAN.“ beworben. Beworben werden positive Eigenschaften eines Produkts. Die Eigenschaft „Laut“ wird zuerst angeführt und damit als wesentlich befunden. Demnach sehen es die Ring-Verantwortlichen als positiv, wenn eine Veranstaltung laut ist. Das „LAUT“ ist auch ein Werbeversprechen an die BesucherInnen und signalisiert, dass man am Veranstaltungsort ordentlich Lärm machen kann.

Viele Menschen sind über die Lärmbelastung verzweifelt. Die Bedürfnisse der BewohnerInnen des Murtals müssen endlich ernst genommen werden!

Verkehrsspiegel



Die Einmündung des Weges neben dem Musikerheim in die Maßwegerstraße ist sehr schlecht einsehbar. Die AnrainerInnen wünschen sich um die Sicherheit zu erhöhen einen Verkehrsspiegel.

Spielberger Nachrichten

Herzlichen Dank

Einige SpielbergerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Aus dem Gemeinderat

Straßenbankette

In der Gaal wurden die Straßenbankette mit Magerbeton befestigt. Dadurch sind sie deutlich besser vor einer Abnutzung geschützt. Wir haben angeregt das auch für Spielberg umzusetzen. Der Absatz zwischen Straße und Bankett sind auch eine Gefahrenquelle für RadfahrerInnen. Der Bürgermeister antwortete, der Bauhof werde den Vorschlag prüfen.

Mittelschule Spielberg

Nachdem der Baurechts- und Leasingvertrag zur Errichtung der Mittelschule Spielberg mit Ende November dieses Jahres ausgelaufen ist, geht die Schule nun in das Eigentum der Gemeinde über. Die Kaufsumme beträgt rund 543.000 Euro und wurde über die Jahre hinweg über ein Kautionsguthaben angespart.

Unsere Homepage

www.kpoe-steiermark.at

Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Steuerreform: Geschenke an die Wirtschaft und wenig Mut zum Umweltschutz

Die präsentierte Steuerreform der Bundesregierung wird zwar als „ökologische Wende“ verkauft, ist aber in erster Linie eine Entlastung für Unternehmen und Konzerne.

Wenn man wissen will, was von einer Maßnahme zu halten ist, ist man gut beraten sich anzusehen wer darüber jubelt. Im Fall der Steuerreformpläne gab es Beifall von der Wirtschaft und viel Kritik von Umweltorganisationen.



Die KPÖ begrüßt grundsätzlich das Vorhaben, Anreize zum Verzicht auf umwelt- und klimaschädliches Verhalten zu schaffen. Doch ob das mit dem vorgeschlagen Modell gelingt ist mehr als fraglich. Warum sollte eine Erhöhung der Energiepreise, die durch ein eher willkürliches Rückzahlungsmodell wieder abgegolten werden zu weniger Umweltbelastung führen?

Wo bleiben notwendige Schritte, wie z.B. die Aufhebung des Steuerprivilegs für Diesel zu Gunsten der Transportunternehmen oder die Besteuerung von Flugbenzin? Wo bleibt der sofortige und massive Ausbau des öffentlichen Verkehrs? Die Förderung von Nahversorgung und regionaler Produktion mit Arbeitsplätzen in Wohnortnähe?

Viele Menschen haben in der Krise ihre Arbeit verloren, waren in Kurzarbeit und haben ihre Ersparnisse aufgebraucht. Diese Steuerreform führt zur Erhöhung der Wohn- und Lebenskosten und wird daher die soziale Ungleichheit vertiefen. Wer ein geringes Einkommen hat, muss noch mehr davon zur Abdeckung seiner Grundbedürfnisse aufwenden, ohne von den Steuerentlastungen für höhere Einkommen zu profitieren.

Statt einer Vermögenssteuer zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen gibt es durch die Senkung der Körperschaftssteuer ein millionenschweres Steuergeschenk für Unternehmer und Konzerne.

Die Körperschaftssteuer wird innerhalb von zwei Jahren von 25 auf 23 Prozent gesenkt. Bis 2005 betrug die KöSt noch 34 Prozent.

Durch die schrittweise Senkung der Besteuerung von Unternehmen stammt ein immer größerer Anteil der öffentlichen Einnahmen aus der Besteuerung der arbeitenden Menschen. Alle paar Monate ist in den Medien zu lesen, dass die Vermögen wieder gestiegen, die Reichen noch reicher geworden sind. Die Körperschaftssteuer müsste also nicht gesenkt, sondern deutlich angehoben werden.

Die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge ist ein gewagtes Spiel. Gerade die Coronakrise hat gezeigt, dass es durch unvorhersehbare Ereignisse schnell zu großen Ausfällen bei den Einnahmen kommen kann. Während die Ausgaben gleichbleiben oder, etwa im Falle einer Pandemie, sogar massiv steigen. Ohne die entsprechenden Einnahmen kommt es schnell zu Leistungskürzungen und noch mehr Selbstbehalten.



Statt Steuergeschenke für Unternehmer und Konzerne brauchen wir auch Mittel zur Absicherung von Gesundheit und Pflege. Denn neben der Klimakrise stecken wir auch inmitten einer Pflegekrise, die ebenfalls gravierende Folgen haben wird.

Afghanistan: Krieg und nichts als Leid und Elend

20 Jahre haben die USA und ihre NATO-Verbündeten Krieg in Afghanistan geführt. Dabei ging es nie um Freiheit und Demokratie, sondern um geopolitische Interessen, um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten.

Zwischen 3,2 und 4 Billionen(!) Dollar hat der Krieg gekostet. 4.000.000.000.000 Dollar, das ist das zwanzigfache des Jahreshaushalts der Republik Österreich. Wenn auch nur ein Teil davon in die Entwicklung Afghanistans gesteckt worden wäre, wäre das heute ein blühendes Land. Stattdessen wurde vor allem die Rüstungsindustrie gefördert.

Durch Besatzermentalität und Drohnenangriffe, die zu tausenden zivilen Opfern geführt haben, haben die USA und ihre Verbündeten die Taliban wieder stark gemacht. Den Preis dafür bezahlen die Menschen in Afghanistan, viele werden flüchten.

Für die USA endet ihr längster Krieg mit einer Niederlage. Die USA sollten sich mit ihren eigenen

zahlreichen sozialen Problemen beschäftigen und aufhören „Weltpolizist“ zu spielen. Auch einen neuen „Kalten Krieg“ mit China oder Russland kann die Menschheit nicht brauchen.

Das Beispiel Afghanistan zeigt mehr als deutlich, dass die Kriege der NATO den Menschen, denen angeblich Demokratie und Freiheit gebracht werden sollten, nichts als Leid und Zerstörung hinterlassen. Nur die die Profite der Waffenproduzenten stiegen ins Unermessliche.

Die Kriegsgefahr ist weltweit in den letzten Jahren gestiegen. Auch das neutrale Österreich beteiligt sich an Einsätzen der NATO, unter anderem in Mali. Dabei wäre es gerade jetzt wichtig, die Neutralität ernst zu nehmen und für eine friedliche Welt einzutreten!

Nachtrag: Abrüstung, Abbau von militärischen Einrichtungen und die Verhinderung von Kriegen würden zu enormen Energie- und Ressourceneinsparungen führen und wären der beste Klimaschutz!

Was ist der Equal Pay Day?

Männer haben an diesem Tag – 2021 ist es in der Steiermark der 20. Oktober – im Durchschnitt bereits jenes Einkommen erreicht, für welches Frauen noch bis zum Jahresende arbeiten müssen – also 73 Tage länger! In der Steiermark erhalten ganzjährig vollzeitbeschäftigte Frauen um durchschnittlich 19,8% weniger Gehalt als Männer, im Murtal sind es sogar 22,7%!

Viele Fallen auf dem Weg zur Pension

In Österreich erhalten Frauen durchschnittlich 851 Euro im Monat weniger Pension als Männer. Die Ursachen dafür sind vielfältig und reichen von Karenzzeiten und Teilzeitjobs bis hin zu einem geringeren Verdienst als Männer.

Jungen Frauen ist oft nicht bewusst, dass sich Kindererziehungszeiten und Teilzeitarbeit negativ auf ihre Pension auswirken, ebenso wie eine Berufswahl im Care-Bereich wie z.B. Elementarpädagogin, Pflegehelferin oder Sozialarbeiterin, denn diese Berufe werden viel zu schlecht bezahlt.

Hinzu kommen geringere Aufstiegschancen in allen Branchen, denn besser bezahlte Leitungspositionen übernehmen nach wie vor überwiegend Männer. Wenn Angehörige zu pflegen sind, ist das hauptsächlich „Frauenarbeit“. Die wird aber nicht bezahlt und lässt kaum die Möglichkeit parallel dazu Vollzeit zu arbeiten. Letztendlich führt all das dazu, dass viele Frauen trotz jahrelanger Berufstätigkeit nicht von ihrer Pension leben können.

Alles nur ein Zufall?

Die schlechtere Bezahlung von Frauen ist ein Unrecht, aber dieses Unrecht ist auch politisch gewollt. Wenn Frauen das gleiche leisten aber weniger dafür bekommen, dann bedeutet das einen Extra-Profit für die Unternehmen. Hier geht es um Milliardenbeträge, die sich die Unternehmen sparen und die den Frauen vorenthalten werden. Weil es hier um Wirtschaftsinteressen geht, ist die Politik auch nicht wirklich bemüht Gerechtigkeit zu schaffen.

Es geht auch anders

Island hat 2018 kurzerhand per Gesetz verboten, Frauen für gleiche Arbeit schlechter zu bezahlen: Der sogenannte "Equal Pay Act" verpflichtet Unternehmen zu belegen, dass sie ihre Beschäftigten gerecht bezahlen. Wer Frauen schlechter bezahlt, wird bestraft.

Was wir brauchen – was wir fordern!

- ⇒ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- ⇒ Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ⇒ Frauen vor Armut schützen
- ⇒ Mindestlehrlingsentschädigung
- ⇒ Selbstverständliche Väterkarenz
- ⇒ Höhere Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen für alle, die im Care-Bereich beschäftigt sind
- ⇒ Das Recht auf einen kostenlosen, ganztägigen und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplatz

Graz – KPÖ wird stärkste Partei



Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Graz hat alle überrascht. Die KPÖ, mit Spitzenkandidatin Stadträtin Elke Kahr wurde mit 29% zur stärksten Partei.

Elke Kahr steht, wie die ganze

KPÖ, für eine Politik, die die Anliegen der Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Interessen der Wirtschaft. Eine Politik, die Projekte an ihrem Nutzen für die Menschen beurteilt und nicht am eigenen Prestige.

So konnte die KPÖ in Graz in der Vergangenheit gemeinsam mit der Bevölkerung z.B. den Verkauf der Gemeindewohnungen oder eine teure Olympiabewerbung verhindern. Gleichzeitig hat die KPÖ dafür gesorgt, dass soziale Themen nicht untergehen.

Wir gratulieren Elke Kahr und der KPÖ-Graz herzlich zu ihrem großartigen Erfolg, der auch über Graz hinaus zeigt, dass eine andere Politik möglich ist.



KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld,
Friedensstraße 10, Telefon: 03512/82240
E-Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at

Mutter-Kind-Pass-Unterstützungsfonds der KPÖ

In den Bezirken Murtal und Murau gab es lange nur einen Frauenarzt mit Kassenvertrag - und das für rund 50.000 Frauen. Schwangere Frauen waren gezwungen auch die gesetzlich vorgeschriebenen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen bei WahlärztInnen durchführen zu müssen.

Für viele sind hohe Arztrechnungen eine große Schwierigkeit, da die Krankenkasse nur einen Teilbetrag rückerstattet. Die Untersuchungen sind aber verpflichtend, ohne sie wird keine Familienbeihilfe ausbezahlt. Die KPÖ hat einen Unterstützungsfonds eingerichtet. Es konnte bereits einigen Frauen geholfen werden. Frauen, die von **1.1.2019 bis 6.1.2020** Wahlarztkosten für den Mutter-Kind-Pass hatten, können eine Unterstützung von maximal 200 € beantragen.



Einkommensgrenzen

Einpersonenhaushalt: € 1208, bei zwei Erwachsenen: € 1812, die Grenze erhöht sich pro Kind um € 403.

Anträge

In der **KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld**, bei **KPÖ-GR Josef Meszlenyi** (knittelfeld@kpoe-steiermark.at oder 03512/82240)

Minex: Jede Asbestfaser ist eine zuviel

Die Diskussionen um eine mögliche Asbestgefahr durch das geplante Minex-Werk in Zeltweg reißen nicht ab. Bekanntlich haben die Bürgermeister von Knittelfeld, Judenburg, Fohnsdorf, Spielberg und Zeltweg im Vorjahr um 32.000 Euro Steuergeld ein Gutachten in Auftrag gegeben und danach erklärt, dass von Minex keine Gefahr ausgeht.



Die Bürgerinitiative für ein Lebenswertes Aichfeld kritisiert, dass viele Punkte in der Beurteilung des Projekts nicht berücksichtigt wurden.

Die Grünen Zeltweg haben ihrerseits ein Gutachten in Auftrag gegeben, das auf die mögliche Anreicherung des Bodens mit Asbestfasern eingeht.

Für Laien ist die Lage schwer zu beurteilen. Uns erscheint wesentlich, was Dr. Ernst Deu, Arzt und Vizebürgermeister von Weißkirchen, in der Pressekonferenz gesagt hat: Es gibt eine bereits vorhandene Hintergrundbelastung mit Asbestfasern in unserer Luft. Diese Belastung ist fast ausschließlich menschengemacht und auf die Asbestverarbeitung der vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen. Die WHO hat keine Grenzwerte für Asbest festgelegt, weil jede einzelne Faser tödlich sein kann. Darum ist jede Art von Asbestausstoß zu vermeiden.

Das Minexwerk würde die vorhandene Hintergrundbelastung erhöhen. Das ist unbestritten. Jede Asbestfaser ist eine zuviel. Das ist der zentrale Punkt, der gegen das Minexwerk spricht.

Es gibt keine Untersuchung wie hoch derzeit die Hintergrundbelastung mit Asbestfasern in unserer Region ist. Eine solche Untersuchung soll erst nach Inbetriebnahme des Minexwerks erfolgen. Das ist widersinnig. Wie soll man beurteilen wie sich das Minexwerk auf die Asbestbelastung auswirkt wenn man den Anfangswert nicht kennt? Deshalb müsste es jetzt zu Untersuchungen kommen.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-Bezirkssekretär Josef Meszlenyi und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 10. November

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
KPÖ-Parteiheim Knittelfeld, Friedensstr. 10,
ab 18.00 Uhr
Es gelten die 3G-Regeln